

Göttingen2006

Roland Roth

## **Sozioökonomische Entwicklung – Auf der Suche nach Übersicht in regulationstheoretischer Perspektive**

Die Veranstalter haben mich um dreierlei gebeten:

- Kritische Kommentierung der Arbeitsdefinition des sozioökonomisches Entwicklungsmodell
- Welchen Anteil haben Politik und Zivilgesellschaft an der gesellschaftlichen Regulierung?
- Wo sind entscheidende Veränderungen in der Regulationsweise und der institutionellen Ordnung zu beobachten?

### 1. Zäsurbewusstsein und Umbruchdiagnosen

Gesellschaftlicher Umbruch: Momente der Diskontinuität überwiegen Momente der Beharrung. Dieses Umbruch- und Zäsurbewusstsein ist heute die herrschende Stimmung. Die Sozialwissenschaften haben auf die daraus resultierenden Orientierungsbedürfnisse u.a. mit einem breiten Angebot an Zeitdiagnosen reagiert, in dem jeweils ein Element der Veränderung verabsolutierend in den Mittelpunkt gestellt wird: Risiko- und Multioptionsgesellschaft, Netzwerkgesellschaft und Bewegungsgesellschaft, Beschleunigungsgesellschaft Erlebnisgesellschaft und Wissensgesellschaft. An letztlich eher verwirrenden Angeboten herrscht wahrlich kein Mangel.

Die vorliegende *Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung* teilt zwar die Umbruchdiagnose und verspricht ebenfalls – auch politikberatende – Orientierungen, aber sie tut dies in grundlegend anderer Weise. Sie verzichtet auf einen handlichen Gesellschaftsbegriff und ist empirisch anspruchsvoller. Sie bietet stattdessen ein breites Feld gesellschaftlicher Beobachtungen, die wesentliche Dimension unserer Produktions- und Lebensweisen aufhellen. Aber es geht nicht um eine mehr oder weniger zufällige Zusammenstellung von vorhandenen Datensätzen, etwa denen der Statistischen Ämter, den Mikrozensus, des SOEP, des Wohlfahrtssurveys, der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage (ALLBUS) oder den vielfältigen Fachstatistiken von den Arbeitsmarktdaten des IAB bis zu

den Freiwilligen surveys von Infratest Sozialforschung, sondern um eine „integrierte Sozialberichterstattung“, d.h. den Einbau der Einzelbefunde in ein Modell, das Zusammenhänge sichtbar und überprüfbar macht.

Die Berichterstattung zur sozioökonomischen Entwicklung fußt auf einem Modell der wechselseitigen Beeinflussung von Ökonomie und Gesellschaft, eine relative Autonomie außerökonomischer Motive und Triebkräfte gegenüber der Ökonomie unterstellt. Diese eigenständigen Logiken sind Quellen für Diskontinuitäten und Brüche gesellschaftlicher Entwicklung. Mit Blick auf das „Modell Deutschland“ wird von einem Veralten, von Störungen im Zusammenspiel zwischen Wirtschaft und Lebensweise ausgegangen (550). Mit seinem Datenschatz erfüllt auch der erste Bericht den Anspruch, durch gesellschaftliche Selbstaufklärung zur „demokratischen Infrastruktur“ (Noll 1999) beizutragen.

## 2. Zum Anspruch des ersten Berichtsbandes

Der Erklärungsanspruch schwankt innerhalb des Buches. Einleitend wird betont, Grundlage sei ein „*Erklärungsansatz mittlerer Reichweite* ohne starke Zusammenhangsannahmen, die eine Theorie gesellschaftlicher Entwicklung treffen müsste“ (43). Im abschließenden Kapitel wird eine „integrierte Sozialberichterstattung“ beansprucht, die weitergehende Ambitionen hat: „Der hier beschrittene Weg der Integration hat seinen Preis: Eine Berichterstattung, die sich an ‚starken‘ Hypothesen und theoretischen Konzepten orientiert, ist auch bestreitbarer“ (550).

Einschränkend sei mit den Autorinnen und Autoren hervorgehoben, dass der gesamte Bericht nicht auf einer eigenen Erhebung basiert, sondern auf der Sekundäranalyse und interpretativen Verknüpfung vorhandener Datensätze beruht. Zudem haben vier Forschungsinstitute und 19 AutorInnen mitgewirkt, die ihre Autorenschaft für verschiedene Abschnitte ausweisen („Sammelband?“).

Zudem wird konzediert: „Die sozioökonomische Berichterstattung hat mit dem vorliegenden Band noch nicht ihre endgültige Form gefunden. Die Beobachtung des Produktions- und Sozialmodells ist thematisch und konzeptionell besser zu integrieren; dabei sind bestehende Themenschwerpunkte zu überprüfen und mögliche thematische Erweiterungen zu bedenken“ (570).

## 3. Zu einigen Grundannahmen des sozioökonomischen Entwicklungsmodells und ihrem spezifischen Gewicht für den Berichtsband

Konzeptioneller Bezugspunkt für die Umbruchdiagnose ist das „Modell Deutschland“, d.h. die spezifische Gesellschaftsformation der Nachkriegsentwicklung Deutschlands bis in die 1970er Jahre.

Anspruch an Modelle: sollen gesellschaftlich dominante, prägende Strukturen herausarbeiten und theoretische Annahmen über Zusammenhänge und Wechselwirkungen idealtypisch verdichten und empirischer Überprüfung zugänglich machen

Sozioökonomische Entwicklung als Ergebnis von Strategien, institutionellen Ordnungen und Regulierungen (6): Produktions- und Sozialmodell (eine durch wechselseitige Abhängigkeitsbeziehungen verbundene Gesamtheit)

Ökonomische Motive und individuelle Bedürfnisse „mehr oder weniger gut in Einklang bringen“(4) – Vermittlungsinstanz ist Arbeit (Erwerbsarbeit, Eigenarbeit)

Kohärenz zwischen Produktions- und Sozialmodell als plausible Annahme für die Wege aus dem Umbruch.

Vor allem Peter Bartelheimer knüpft dabei in seinen konzeptionellen Überlegungen an regulationstheoretische Konzepte an (Regulationsweisen, Akkumulationsmodelle etc.), die seit 30 Jahren einen Beitrag zur Analyse kapitalistischer Entwicklung zu leisten versuchen. Dem Umstand, dass ich vor 20 Jahren gemeinsam mit Joachim Hirsch einen ersten Versuch vorgelegt habe, dieses Konzept für die deutschen Verhältnisse fruchtbar zu machen („Das neue Gesicht des Kapitalismus“), verdanke ich vermutlich die Einladung, die konzeptionellen Grundlagen der Berichterstattung zu kommentieren.

Dabei möchte ich zwei Versuchungen widerstehen:

- Einem Narzissmus zu frönen, der sich durch die Daten der Berichterstattung nun endlich in dieser Diagnose bestätigt sieht. Aber ich gestehe ein, dass wir uns damals wesentlich leichter getan hätten, wenn es ein solches Kompendium damals schon gegeben hätte.
- Immanent die Entwicklung der Regulationsdebatten der letzten Jahrzehnte nachzuzeichnen, die in ihrer Vielfalt ohnehin kaum mehr überschaubar erscheint.

Stattdessen möchte ich, wie gewünscht, zunächst auf die theoretisch-konzeptionellen Angeboten des Bandes. Dazu einige Beobachtungen aus regulationistischer Perspektive beitragen:

i. Die Grundbegriffe und Grundannahmen des Bandes und die der Regulationsdebatte – vor allem mit Blick die dahinschwindende Phase des Fordismus - decken sich:

Gesellschaftsformationen beruhen auf der Verknüpfung (Artikulation) eines Produktions- und

Sozialmodells, die aufeinander abgestimmt bzw. miteinander kompatibel sein müssen (Kohärenz). Dafür sorgen eine Vielfalt von gesellschaftlichen Regulationsweisen, die Regeln und Institutionen ausprägen, in denen widersprüchliche Interessen eingebunden werden. Dieses Gefüge ist dynamisch und krisenbehaftet, aber vergleichsweise stabil, solange Kohärenz gesichert werden kann. Der Bericht macht noch einmal deutlich, dass die wichtige institutionellen Arrangements der fordistischen Phase (z.B. Normalarbeitsverhältnisse, Ernährerfamilie) an Inklusionskraft verloren haben. Andere Arbeits- und Lebensformen sind im Vormarsch, auf die das bestehende institutionelle Gefüge (z.B. das Bismarcksche Sozialversicherungssystem) keine angemessenen Antworten anbieten kann.

ii. Gleichwohl bleibt der Begriff Entwicklung im Bericht eigentümlich leer, weil – im Unterschied zur Regulationsdebatte – darauf verzichtet wird, den ökonomischen Motor der Entwicklung näher zu inspizieren. In der Regulationsdebatte geht es ja darum, ökonomische Prosperitätskonstellationen, neue Produktionsmodelle und deren gesellschaftliche Einbettung zu identifizieren. Wertschöpfung, Wirtschaftswachstum, Renditen bzw. deren Fehlen sind wesentliche Triebkräfte des gesellschaftlichen Umbaus, die durch die ökonomische Dynamik, vor allem durch strukturelle Krisen etc. freigesetzt werden.

Diesen harten ökonomischen Kern kapitalistischer Entwicklung zu benennen, heißt keineswegs einem ökonomischen Reduktionismus zu frönen und die relative Eigenständigkeit von politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen und deren Wechselwirkung zu ignorieren. Niemand geht davon aus, dass „sich die Lebensziele von Individuen vollständig von ökonomischen Interessen kolonialisieren lassen“ (155). Gesellschaftliche Regulationsweisen (Lohnformen, Arbeitsverträge, soziale Sicherungssysteme etc.) dienen gerade immer erneut der Abstimmung und Vermittlung von ökonomischer Rationalität und dem Eigensinn von Lebensweisen. Aber das regulationstheoretische Vokabular macht ohne Bezug auf Akkumulation und Krise wenig Sinn. Dies gilt m.E. auch dann, wenn wir heute zu recht vorsichtig sind, wenn es um ökonomische Krisenaussagen geht. Dennoch geht es in den letzten beiden Jahrzehnten in erster Linie um die Suche nach neuen Produktions- und Sozialmodellen, die eine neue dauerhafte Prosperitätskonstellation, ein neues „Modell Deutschland“ bzw. wettbewerbsfähigen Sozialraum – von der Kommune bis zur EU - versprechen.

Im Bericht selbst wird diese ökonomisch angetriebene Dynamik im Abschnitt über die Reorganisation der Unternehmen überdeutlich. Im Unterschied zum beachtlichen Beharrungsvermögen in vielen Dimensionen der Lebensweise wird dort eine „massive Reorganisationswelle in den 1990er Jahren“, die nicht in neue stabile Organisationsmuster

mündete. „Die Reorganisation scheint auf Dauer gestellt und die einzige Stabilität scheint der Wandel selbst zu sein“(323). Absatzbewegungen vom fordistischen Unternehmensmodell ist deutlich, die Konturen eines neuen stabilen Produktionsmodells liegen jedoch im Nebel (331). Angesichts dieser Dynamik im Produktionsmodell mutet es wie eine Verkehrung an, wenn das Ende der Vollbeschäftigung und steigende Arbeitslosigkeit als Antriebskraft der Veränderung ins Spiel gebracht wird: „Massenhafte unfreiwillige Beschäftigungslosigkeit und unsichere Erwerbsbeteiligung werden auf absehbare Zeit wesentliche Antriebskräfte des Umbruchs im sozioökonomischen Entwicklungsmodell Deutschlands bleiben“(302). Läge es nicht näher, Freisetzungen als Folge dynamischer Suchbewegungen nach neuen Produktionsmodellen zu begreifen, die in erster Linie für das Sozialmodell, aber nicht für die betriebliche Arbeitskraftnutzung ein „Problem“ darstellen.

iii. Der Bericht verwendet als gemeinsame Referenz ein formales, lediglich durch die Annahme von Wechselwirkungen und Kohärenzbedarf bestimmtes Produktions- und Sozialmodell, das inhaltlich durch verschiedene konkrete Merkmale des alten „Modell Deutschland“ gefüllt wird. Aber dies tut er eher halbherzig, denn einige Themenfelder des Abschnitts II nehmen darauf kaum Bezug und operieren mit anderen theoretischen Konzepten:

- Im Kap. II.1 Teilhabe, Gefährdung, Ausgrenzung dominiert der Bezug auf Robert Castels „Metamorphosen der sozialen Frage“ und deren Zonen der Erwerbsbeteiligung“. Teilhabe ist in einigen anderen Berichtsteilen der dominierende Bezugspunkt (Weiterbildung, digitale Spaltung etc.).
- Im Kap. II.2 Flexibilisierung und Subjektivierung der Arbeit spielt die industriesoziologische Tradition des SOFI und Kern/Schumann eine große Rolle.
- Der Abschnitt „Bildung und soziale Strukturierung“ ist ebenfalls eher in der Qualifikationsforschung des SOFI angesiedelt als durch das sozioökonomische Entwicklungsmodell inspiriert.
- Individualisierung und Vielfalt, auf die einleitend abgehoben wird, kommt auch aus einer ganz anderen Tradition als die der Regulationisten: Zunehmende Wahlmöglichkeiten und Ungleichheiten (13) Prämisse: Vielfalt als Ausdruck von zunehmenden „echten“ Wahlmöglichkeiten lässt sich jedenfalls mit Blick auf die geschlechtsspezifische Arbeitsteilung (die Penetranz des Ernährermodells), das berufsständisch segmentierte Bildungswesen oder die sichere bzw. unsichere Erwerbsbeteiligung sicherlich kaum als gesellschaftlicher Trend, der sich auf die

präsentierten Daten stützen kann, wohl kaum behaupten. Wo sind da die Wahlmöglichkeiten?

- Zusätzlich werden mit der Lissabon-Strategie, die mit Wettbewerbsfähigkeit, sozialer Inklusion und individueller Wahlmöglichkeiten sehr unterschiedliche Leitbilder kombiniert, und dem Rekurs auf
- Nachhaltigkeit zusätzlich politisch-strategische Konzepte eingeführt, deren analytischer Gebrauchswert noch zu entdecken ist.

Der Bericht bleibt – so mein Eindruck - noch stark eingebettet in die theoretischen Traditionen der beteiligten Einrichtungen. Verständigt hat man sich allenfalls auf einen sehr allgemeinen Referenzrahmen, um in den jeweils eigenen Traditionen zu bleiben, ohne die Verträglichkeit der verschiedenen Ansätze zu diskutieren.

iv. Die Berichte über Teilbereiche (Themenfelder) sind zumeist nur sehr locker bzw. gar nicht miteinander verknüpft (Bildung, Arbeitslosigkeit, Informatisierung etc.), sondern folgen ihrer Eigenlogik. Sie lassen sich als plausible Bereichsanalysen lesen. Eine Perspektive auf mögliche Wechselwirkungen geben sie nur bedingt frei. In einigen Berichtsfelder fehlt der Bezug zum Produktions- und Sozialmodell völlig (z.B. Migration, Haushaltsproduktion, informelle Beziehungen, Qualifikation und Arbeitsmarktdynamik, Weiterbildung, digitale Spaltung).

v. Um nicht missverstanden zu werden, theoretischer Pluralismus ist ebenso legitim wie methodischer. Aber den Anspruch einer „integrierten“ Sozialberichterstattung kann der vorliegende Band so nur begrenzt erfüllen. Ein deutliches Bild einer Gesellschaft im Umbruch, gar noch ihrer möglichen und umkämpften zukünftigen Konturen habe ich noch nicht gewinnen können.

vi. Die Politikempfehlungen, die in den Band eingestreut werden, sind mir in der Regel sympathisch, aber nicht systematisch begründet, ihre Kohärenz bleibt ungeprüft. Sie sind eher an Gerechtigkeits- und Gleichheitsnormen der fordistischen Phase orientiert, als auf ein mögliches neues Entwicklungsmodell bezogen, für das immanent z.B. mehr Ungleichheit erwünscht und produktiv erscheinen kann. Das Plädoyer für eine Infrastruktur zur Erhaltung sozialstaatlicher Mindeststandards; die Bedeutung öffentlicher personenbezogener Dienstleistungen und sozialstaatlicher Teilhabe oder mehr Durchlässigkeit zwischen den verschiedenen Zonen der Erwerbsbeteiligung und weniger innere Segmentierung im Bildungssystem. Diese Teilempfehlungen fügen sich nicht zu einem neuen Akkumulationsmodell, möglicherweise stehen sie einer neuen Prosperitätskonstellation eher im Wege. Sie wirken eher formkonservativ.

„Ebenso wenig, wie sich die Bereitstellung öffentlicher Güter an die unverbindlichere und rascher überforderte Sphäre der Zivilgesellschaft delegieren lässt, werden Ehrenämter, Vereinsmitgliedschaften oder persönliche Netzwerke eine Wiederbelebung institutioneller Formen politischer Partizipation an gesamtgesellschaftlichen Entscheidungen ersetzen können“ (BB 13).

Die aktuelle Diskussion von einer stärkeren Entkopplung von Erwerbsarbeit und sozialer Sicherung sowie die sich daraus ergebenden Chancen für weniger Ungleichheit und mehr Wahlmöglichkeiten, wird nicht aufgegriffen. Vermutlich sind mit dem Blick auf Zukunftsentwürfe strukturelle Grenzen von Politikberatung auf der Grundlage Sozialberichterstattung erreicht. Wenn dem so ist sollten sie auch respektiert werden.

vii. Um meine kritischen Nachfragen noch einmal an zwei Punkten zu bündeln:

- Lassen sich Phasen kapitalistischer Entwicklung, Umbrüche und Alternativen in der Sozialberichterstattung nur im Modus der Abschieds (Normalitätsmodelle des Nachkriegsdeutschlands) bzw. der nur teilweise vollzogenen Abschiede (Ernährermodell) erfassen oder wäre es auch möglich, Potentiale alternativer Zukünfte stärker sichtbar zu machen? Wenn sie bislang eher blass bleiben, liegt dies an der Eigenart sozialstatistischer Arbeitsweisen und konzeptioneller Vorentscheidungen (allgemeine Charakterisierungen materieller Lebensweisen nur im Rückblick – Fordismus – möglich – 62) oder gäbe es auch alternative Wege? In der regulationstheoretischen Debatte spielt das Denken in neuen Wachstumsmodellen eine zentrale Rolle, eine Fülle alternativer Wege aus der Krise des Fordismus sind inzwischen aufgelistet worden. Wäre es nicht hilfreich statistisches Material auch so aufzubereiten, dass diese Zukunftspotentiale sichtbarer werden. Der Verweis auf die Lissabon-Strategie scheint mir zu unspezifisch, weil es sich dabei eigentlich um kein Modell handelt, sondern gerade in den sozioökonomischen Dimensionen vielen zu vieles verspricht („eingebetteter Neoliberalismus“).

- Historische Dimension: Wenn sich seit mehr als 30 Jahre Umbrüche und Krisen eines Modells Fordismus anhäufen, das selbst in Deutschland allenfalls 20 Jahre prägend war, verliert die Umbruchmetapher an Überzeugungskraft. Mögliche Konsequenzen:

- a. Abkehr von der Idee einer Abfolge von Prosperitätskonstellationen, d.h. Fordismus als Ausnahme
- b. Sind wir bereits längst in einer neuen postfordistischen Phase?

Eine neuere Bestimmung der Strukturen postfordistischer Akkumulation versammelt folgende Merkmale: „Der Akkumulationsprozess globalisiert sich, die Regulation des Konkurrenzverhältnisses erfolgt international und konkurrentiell, die Unternehmensform wird

durch eine inter-/transnationale Integration, einen wachsenden Einfluss der institutionellen Anleger und eine größere Bedeutung des shareholder value geprägt. Daneben zeigt das vormals rigide Lohnverhältnis eine verstärkte (re-)Kommodifizierung und Flexibilisierung, die Regulation des Geldverhältnisses erfolgt über flexible Wechselkurse und Geldschöpfung durch Ausweitung des fiktiven Kapitals, und in der Haushalts- und Familienform wird die Arbeitskraftreproduktion weiterhin hauptsächlich durch die unentgeltliche Arbeit von Frauen, aber zunehmend durch eine Kommodifizierung dieser Arbeiten organisiert“ (Kohlmorgen 2004: 188).

#### 4. Staat und Zivilgesellschaft

Mich hat der weitgehende Verzicht auf die Einbeziehung staatlicher Aktivitäten in die Betrachtung des Produktions- und Sozialmodells erstaunt. Dies hat nicht nur mit der doch beachtlichen Staatsquote zu tun oder dem Gewicht, dass staatlichen Regulationsformen (z.B. als Sozialstaat, für die Bereitstellung von Infrastruktur bereits in der Beschreibung des Fordismus (als eingebetteter Staat, *etat inseree*) zugekommen ist. Der Staat gehört sicherlich zu den bedeutenden der fünf institutionellen Formen, die für die Beschreibung einer Regulationsweise bestimmend sind (Boyer 1990: 37ff). „Er durchdringt und prägt in hohem Maße die anderen institutionellen Formen“ (Kohlmorgen 2004: 27).

Vielmehr steht eine veränderte Formen der Staatlichkeit (Tendenz zum „Wettbewerbsstaat“) auch im Zentrum der Suche nach postfordistischen (neoliberalen) Produktions- und Sozialmodellen: in der Sprache von Bob Jessop geht es um den Übergang von KWS zum SWR. Sozioökonomische Berichterstattung ohne Berichterstattung über die veränderte Staatstätigkeit, über öffentliche Güter und Dienstleistungen? Arbeit und Lebensweise spiegeln nur unvollständig Entwicklungen in diesem Bereich. Politisch-strategisch wäre es deshalb sehr wichtig, die Entwicklung öffentlicher Dienste und Transfers im Blick zu behalten, um ihren möglichen positiven wie negativen Einfluss auf das Entwicklungsmodell zu gewichten. So hängen m.E. einige der politischen Empfehlungen „in der Luft“ (Sozialstaatliche Aktivierung auf gesteigertem sozialen Niveau).

Auch die Ausführungen zu Strukturveränderung der Zivilgesellschaft, zum bürgerschaftlichen Engagement sind m.E. nicht besonders überzeugend ausgefallen, weil sie eher defensiv gestrickt sind: nicht belastbar für soziale Sicherungen, Privilegierung der Privilegierten. Unterschlagen wird die aktive Seite, die „Rebellion der Konsumenten“, d.h. veränderte

Ansprüche an soziale Dienste etc. Zwar gibt es bislang in der Bundesrepublik allenfalls schwache Anzeichen für eine „manufactured civil society“, d.h. die staatliche Förderung und Inanspruchnahme von zivilgesellschaftlichen Organisationen zu Lasten staatlicher Einrichtungen, wie dies in GB auf breiter Front beobachtet werden kann, dennoch wird der Substitutionsblick dem Bereich nicht gerecht (Beispiel Bürgerkommune).

## 5. Weitere Desiderata und offene Fragen

- Räumliche Zuordnung/Form des internationalen Regimes: Nationalstaatliches Container-Modell weniger plausibel als in fordistischen Zeiten. Räumliche Disparitäten unterhalb des Nationalstaats gewinnen an Bedeutung (Global City-Ansatz, Glokalisierung, aber auch Wettbewerbsföderalismus, lokale Standortpolitik. Gleichzeitig gewinnen transnationale Trends und Einflüsse an Gewicht (Benchmarks etc. – s. workfare – Roland Koch reist nach Wisconsin). Für Gesellschaftsbeobachtung ergibt sich dabei ein doppeltes Problem: der homogene nationale Raum verliert als Prämisse nationaler Statistiken an Aussagekraft. Selbst für einen bescheidenen „Erklärungsansatz mittlerer Reichweite“ gewinnt die transnationale Ebene an Bedeutung. Dem wird durch die normative Referenz an die Lissabon-Strategie durchaus Rechnung gezollt, verlangte jedoch in der Aufbereitung des Datenmaterials ländervergleichende Zugriffe. Schwieriger dürfte es sein, die verschiedenen Dimensionen internationaler Verflechtung (Produktion, Konsum etc.) statistisch transparenter zu machen (s. Debatte um Basarökonomie).

Mögliche weitere Konsequenzen:

- kleinräumigere Datenaggregation wg. sozialräumlicher Fragmentierung nicht nur – wie ich die Autoren plausibel vorschlagen – alte und neue Länder
- stärkere Beachtung von internationalen Wachstumsmodellen („lessons learned“) – s. Agenda 2010 und Hartz IV und der Rekurs auf internationale Erfahrungen, allerdings mit spezifisch deutschen Pfadabhängigkeiten: bürokratische Ermächtigung, etatistische Ermächtigung inklusive der korporatistischen Akteure im Feld, keine zivilgesellschaftliche Dimension (anders bei Blair)

- Vereinigung in regulationstheoretischer Perspektive. Rainer Lands Deutungsangebote zur ostdeutschen Entwicklung (doppelter Umbruch, selektive Fragmentierung) haben mich sehr überzeugt. Gleichwohl fehlt die Rückkopplung für die westdeutsche Entwicklung. Der Berichtsband enthält ja eine Fülle von Anhaltspunkten, dass die Erstreckung nach

Ostdeutschland in vielen Dimensionen zumindest vorübergehend den Veränderungsdruck vom westdeutschen Modell genommen hat und eine Retardierung begünstigt hat. Jedenfalls wäre es interessant die Wechselwirkungen des Vereinigungsprozesses und seiner politischen, sozialen und ökonomischen Regulierung genauer in den Blick zu nehmen als dies eine auf Ostdeutschland fixierte Transformationsforschung tut.